

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernd Schimmler (SPD)

vom 16. Dezember 2005 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Dezember 2005) und **Antwort**

Abschiebungskosten

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. In wie vielen Fällen hat der Senat die Abschiebungskosten illegal sich in Berlin aufhaltender Personen jenen Arbeitgebern auferlegt, die diese Personen illegal beschäftigen?

Zu 1.: Auf der Grundlage des § 66 Abs. 4 AufenthG (bis 31.12.2004: § 82 Abs. 4 AuslG) werden Abschiebungskosten im Falle unerlaubter Beschäftigung vom Arbeitgeber verlangt. Allerdings ist es oftmals schwierig zu ermitteln, wer tatsächlich als Arbeitgeber fungiert. Die Zahl der Leistungsbescheide in diesen Fällen wird statistisch nicht erfasst. Der Anteil der generell auf Grund eines Leistungsbescheides nach § 66 AufenthG (bis 31.12.2004: § 82 AuslG) erstatteten Kosten liegt bei etwa 18 %.

2. Falls derartige bisher nicht oder kaum erfolgte, wird der Senat zukünftig verstärkt als Folge einer entsprechenden Entscheidung des OVG Rheinland-Pfalz - Urteil vom 29.11.05 (7 A 10817/05.OVG) - Arbeitgebern, die illegal aufhältliche Personen illegal in ihren Betrieben beschäftigen, die Kosten der Abschiebung auferlegen?

3. Ist der Senat in diesem Fall auch bereit z.B. über die IHK oder andere Kammern vorsorglich Selbständige über die anfallenden Kosten (Flugkosten, eventuell Kosten der Begleitung, Kosten der Abschiebehaft usw.) allgemein zu informieren, um quasi vorbeugend einer illegalen Beschäftigung vorzubeugen?

Zu 2. und 3.: Ob die Voraussetzungen gegeben sind, um die Abschiebungskosten für den illegal Beschäftigten diesem selbst, seinem Arbeitgeber oder einem Dritten aufzuerlegen, hängt auch nach dem Urteil des OVG Rheinland-Pfalz, das noch nicht rechtskräftig ist, stets vom Einzelfall ab. Gemäß der bisherigen Praxis im Land Berlin wird dieser von der zuständigen Ausländerbehörde geprüft.

Der Senat informiert die Öffentlichkeit fortlaufend über die Risiken und negativen Auswirkungen der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung. Allen Bürgern und Bürgerinnen, Wirtschaftsorganisationen, insbesondere Kammern und Verbänden, Verwaltungen inner- und außerhalb Berlins sowie sonstigen Institutionen aus dem In- und Ausland steht die „Zentrale Informations- und Anlaufstelle zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung“ bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen für die Beantwortung von Fragen in diesem Zusammenhang zur Verfügung. Die „Zentrale Informations- und Anlaufstelle“ aktualisiert regelmäßig ihr Informationsmaterial zum Thema. Darüber hinaus unterrichtet sie mit ihrem jährlich erscheinenden „Bericht zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ über die Lage im Land Berlin und die Arbeit der Verfolgungsbehörden.

Speziell bietet die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen unter ihrem Link <http://www.berlin.de/senwiarbfrau/arbeit/schwstraf.html> einen differenzierten Überblick über die Rechtsgrundlagen, die Bußgelder und Strafen, die bei Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und insbesondere illegaler Ausländerbeschäftigung ohne Arbeitsgenehmigung drohen. Auf diesen Katalog kann die Öffentlichkeit jederzeit zurückgreifen; Kammern und Verbände können ihn zur Information ihrer interessierten Mitglieder verwenden.

Berlin, den 09. Januar 2006

Dr. Ehrhart Körting
Senator für Inneres

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Januar 2006)